

Die Ostchina-Bahn wird verkauft

Auffeinerregende Wendung im russisch-chinesischen Streit

Verhandlungen in Berlin

Berlin, 20. Aug. In Berlin sind Verhandlungen zwischen einer nordamerikanischen Finanzgruppe, zwischen der Sowjetregierung und einem Vertreter der russisch-chinesischen Bank über den Verkauf der ostchinesischen Eisenbahn eröffnet worden.

In Vertretung der Interessen der Bank ist nun General Kolesowitsch aus Paris in Berlin eingetroffen. Vor wenigen Monaten hatten die Chinesen den Versuch gemacht, Sowjetrußland gewaltsam aus der Mandchurei zu verdrängen; sie hatten unter dem Vorwande, daß aus den russischen Verwaltungsgebäuden und Konzeptionen an der ostchinesischen Bahn die kommunistische Propaganda in Rußland geleitet würde, Durchsuchungen vorgenommen, die Beamten verhaftet, in Konzentrationslager verbannt und unter Außerachtlassung der russischen Gesetze selbst die alleinige Verwaltung der Bahn übernommen. Die Chinesen unterlagen im bewaffneten Konflikt und mußten sich in einem Vorvertrag dazu verpflichten, die Sowjetrußen wieder in all ihre Rechte an der ostchinesischen Bahn einzusetzen. Die chinesische Zentralregierung in Nanjing beanstandete den Vorvertrag. Ein Bevollmächtigter der Nanjingregierung traf auch in Moskau ein, aber bis zum heutigen Tage ist unter allerlei Vorwänden die Unterzeichnung eines endgültigen Abkommens verzögert worden.

Die in Berlin geführten Verhandlungen über den Verkauf des russischen Anteils am Besitze der Bahn geben jetzt der Frage eine neue und unerwartete Wendung.

Der Bahnbau wurde mit französischem Kapital, das das Bauhaus Rothschild unter russischer Staatsgarantie vorstreckte, im Jahre 1897 beendet. Die Chinesen bestellten sich das Recht vor, den Bahnkörper bis zum Jahre 1933 wieder zurückzukaufen. Da die Chinesen aber kaum die Mittel aufbringen

können, um alle die mit der Bahn verbundenen Ausgaben zu bezahlen, so ist es sehr leicht möglich, daß sie die Hilfe nordamerikanischer Finanzkreise beanspruchen werden. Es darf nicht übersehen werden, daß die Hauptbedeutung dieses Schrittes nicht finanziell ist, sondern politisch. Die Aufhebung der russischen Verwaltung und der Rückgang aus der Mandchurei würde deren Positionen im Fernen Osten schwächen und würde fast einem Verzicht auf Vladivostok und auf die Amur-Mündung gleich kommen.

Englands Handel in China geht zurück

Die Aufhebung des britischen Konsulates in Tschangsha London, 20. August. In maßgebenden britischen Kreisen in Shanghai hat der Beschluß der britischen Regierung, das britische Konsulat in Tschangsha, der Hauptstadt der Provinz Hunan, auf mindestens vier Monate im Jahre (während des niedrigen Wasserstandes) zu schließen, starke Verwirrung hervorgerufen. Bisher wurde in Tschangsha ein Kanonenboot unterhalten, das einen niedrigen Tschangsha hatte und das während des ganzen Jahres dort stationiert war. Nach dem Beschluß der Flottenbehörde in Tschangsha, ein Kanonenboot nicht mehr während des ganzen Jahres zu stationieren, bleibt der britischen diplomatischen Vertretung nichts anderes übrig, als ihr Konsulat in Tschangsha aufzugeben und den britischen Staatsangehörigen die Räumung zu empfehlen.

In einem „Times“-Bericht aus Shanghai wird dieser Beschluß als sehr leichtfertig bezeichnet, da Großbritannien in Tschangsha außerordentlich umfangreiche Handelsinteressen habe. Auf Grund des Beschlusses sei es notwendig, diesen wichtigen Handelsplatz an chinesische oder ausländische Kaufleute zu vergeben. Obwohl die gegenwärtige Tendenz auf eine weitere Verringerung des britischen Handels hinausdeuten scheint, bestünde kein ernstlicher Grund, warum die britischen Behörden selbst diese Tendenz durch eigenen Beschluß verstärken sollten.

Polizei-Abdienst in Berlin

Wahlvertrag des Polizeikommandeurs Schumannberg Berlin, 20. August. Im Berliner Rundfunk hielt Polizeikommandeur Schumannberg einen Vortrag über die Polizeidienstleistungen in der Wahlzeit. Er ging von den bisherigen Zusammenhängen im Wahlkampf aus und wies darauf hin, daß bei etwaigen Störungen in den Versammlungen zunächst der Einzeldienst von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen hat. Wenn auf eine derartige Aufforderung hin der Beschäftigte Zweck der Entfernung zurender Elemente nicht zu erzielen ist — dann wird die Polizei die Verantwortlichen auf deren Verlangen gern unterstützen und die Widerständigen entfernen. Nur im äußersten Notfall soll zur Auflösung von Versammlungen geschritten werden. Dieser Notfall ist immer als gegeben anzusehen, wenn a. B. Bewaffnete der Versammlung beizutreten und der Versammlungsleiter dies duldet oder wenn sogar zur Beschädigung von Gebäuden aufgeföhrt wird.

In München wird erzwungen, den Kaufmann von Bier in Wahltagen der Wahlveranstaltungen zu verbieten. Obwohl eine Pflicht zur Anmeldung von Wahlveranstaltungen nicht besteht, sind eine große Zahl von politischen Versammlungen dazu übergegangen, der Polizei ihre Versammlungen freiwillig bekanntzugeben. Die Reviervorsteher stehen häufig in Mißgunst mit dem Kaufmann, um auf dem Kaufmann zu sein und sich entsprechend vorbereiten zu können. Nach den Versammlungen legt die Berliner Polizei Strecken zu Fuß, zu Pferde, zu Rad und in Kraftfahrzeugen ein, um Zusammenkünfte auf den Straßen zu verhindern. Durch die ständigen Durchsuchungen von Teilnehmern an den Umzügen radikaler Organisationen ist jetzt wohl erreicht, daß nur noch verhältnismäßig selten Waffen oder gefährliche Werkzeuge mitgeführt werden. Die Polizei wird künftig noch mehr als bisher gegen das Nebenlaufen bei Demonstrationen einschreiten, weil sich herausgestellt hat, daß die sogenannten „Kilaster“ vielfach Waffen mit sich führen.

Auch gegen die „Rebellen“, die mit Pfeifern, oder Farbtopf, Bretterzäune, Gassassaden, Straßensplinter beschnitten, will die Polizei weiter energisch einschreiten. Fast ausschließlich werden derartige Aktionen erzwungen und der Bestrafung zugeführt. Am Wahltag selbst stehen alle Wahllokale für die ganze Dauer der Wahlhandlung unter besonderem polizeilichem Schutz. Auch beim Transport der Wahlergebnisse aus den Wahllokalen zu den Wahlämtern und bei der Zusammenstellung der Gesamtergebnisse stellt die Polizei ihren Schutz zur Verfügung.

Reichstagskandidaten in Chemnitz

Chemnitz, 20. August. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau Gregor Straker (München) als Spitzenkandidaten aufgestellt. Es folgen weiter die Namen Wulfmann, Plauen, Fabrikant; Goldinghausen, Oberkellmeister, und Dipl.-Ing. Feder. Auf einer Wahlkreisversammlung der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) wurde der langjährige Reichstagsabgeordnete Oberpostinspektor Ernst Lucke, Chemnitz, einstimmig wieder zum Spitzenkandidaten für den Wahlkreis Chemnitz-Zwickau-Plauen bestimmt.

Zeigner verzichtet auf seinen Kandidatenposten

Plauen, 19. August. Der in einer Versammlung des Ortsvereins Plauen der SPD zum Kandidaten gewählte Sozialdemokrat Zeigner hat der Konferenz des Unterbezirks Plauen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er von der Kandidatur zurücktrete. Mit einer Stimme Mehrheit wählte darauf der Unterbezirk Graupe (Zwickau) als Kandidaten.

Demokratische Parteivorstandssitzung

Berlin, 20. August. Der demokratische Parteivorstand verhandelte am Mittwoch früh im Reichstagsgebäude, um nochmals über die Kandidaturen der Staatspartei für die Reichstagswahlen, besonders über die Reichsliste, zu beraten. Die Sitzung endete mittags ohne Mitteilung der Beschlüsse. Die Reichsliste der Staatspartei wird mit der Volksnationalen Organisation vereinbart und soll am Donnerstag veröffentlicht werden.

Nachpostflugzeug G 1839 geborgen

Stockholm, 20. August. Ein schwedisches Postschiff hat das Nachpostflugzeug der Deutschen Luftbank G 1839, das am Dienstag früh wegen Motorschadens in der Nähe von Öra d'Island notlandete, wohlbehalten in den Hafen von Waldemarsvik eingeschleppt. Das Postschiff war auf die funktographischen Hilferufe des Flugzeuges von der nächsten Poststation ausgeschickt worden und hatte das Flugzeug in der Nähe von Rödö Isfär aufgefunden. Die Untersuchung zeigte, daß die Maschine die Reise nicht fortsetzen konnte, da ein neuer Motor eingesetzt werden muß. Die Besatzung, Flugkapitän Grasshof und Vordunker Krause, wurden zusammen mit dem Flugzeug gerettet.

Wahlrecht ist Wahlpflicht

Wahlaufruf der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels

Berlin, 20. August. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels veröffentlicht einen Wahlaufruf, in dem es u. a. heißt: Bei den letzten Reichstagswahlen ist fast ein Drittel der mittelständischen Wählerchaft der Wahlurne ferngeblieben. Dieses Verstummen hat sich bitter gerächt. Immer tiefer sind wir in Not geraten, immer stärker ist die Lebensmöglichkeit des Einzelhandels wie des deutschen Mittelstandes im ganzen eingesenkt und bedroht worden. Es kann und darf nicht mehr so weiter gehen. Das deutsche Volk muß sich wieder emporarbeiten. Zu den Voraussetzungen für einen Wiederaufstieg gehört eine Gesundung der Finanzwirtschaft durch Senkung der Ausgaben der öffentlichen Hand und starken Steuerabbau, sowie eine Reform der Sozialversicherung. Die Gleichmacherei in der Sozialpolitik muß aufhören. Schließlich muß eine Wirtschaftspolitik geführt werden, die den Schutz des bürgerlichen Privateigentums insbesondere für den Mittelstand als tragenden Grundgedanken anerkennt.

Recht der Wähler der politischen Entscheidung am 14. September durch Enthaltung von der Wahl aus, so hat er kein Recht, sich über das, was dann kommen wird, zu beklagen.

Mittelbar stärkt er durch seine Wahlenthaltung die Feinde des Einzelhandels und des Bürgertums, denen er seine Stimme nicht entgegenstellt hat. Keine noch so große politische Enttäuschung, keine noch so berechtigte Partei- und Staatsverdrissenheit darf irgendeinen Angehörigen des deutschen Einzelhandels diesmal bei der Wahl absteils lassen. Wer ein Wahlrecht für sich in Anspruch nimmt, muß daraus auch eine Wahlpflicht herleiten.

Schärfster Kampf gegen die Sozialdemokratie

Eine Erklärung der Konservativen Volkspartei Berlin, 20. August. Gegenüber den Ausführungen des Reichsministers Dr. Winter, der in einer Wahlversammlung in Berlin erklärt habe, es sei möglich, daß demnächst Treveranus und Dreißig in einer Regierung sitzen würden, ist die Pressestelle der Konservativen Volkspartei zu folgender Freistellung ermächtigt:

„Die Partei und ihr Führer Treveranus halten nach wie vor an der Auffassung fest, daß die Lösung der großen Aufgaben, vor die Reichsregierung, Reichstag und das ganze Volk jetzt und in der nächsten Zeit gestellt sind, keinesfalls mit den Sozialdemokraten möglich ist.“

Diese Auffassung wurde von der Partei und ihrem Führer schon bisher vertreten. An ihr hat sich nichts geändert. Die Sozialdemokraten haben in den zwei Jahren, in denen sie an der Reichsregierung beteiligt waren, ihre Unfähigkeit so nachdrücklich bewiesen, daß neue Versuche mit ihnen nicht mehr unternommen werden können. Sollten solche Versuche von anderer Seite gewünscht und für aussichtsreich gehalten werden, so steht jedenfalls heute schon fest, daß die konservative Volkspartei sich an ihnen nicht beteiligen, sondern sie am härtesten bekämpfen wird.“

Eine Nichtstiftung zur Seede-Erklärung

Magdeburg, 20. August. Die hiesige Pressestelle der Deutschen Volkspartei wendet sich gegen Pressefälschungen über eine Rede, die Generaloberst a. D. v. Seede am Sonntag vor Pressevertretern gehalten hat. Es wird festgestellt, daß sich v. Seede über so spezielle Fragen wie die einer Regierungsallianz mit keinem Worte äußert habe. Generaloberst v. Seede habe weiter ausdrücklich betont, daß er die internationale Einstellung der Sozialdemokratie verurteile. Er habe die Hoffnung ausgesprochen, daß sich die deutsche Arbeiterschaft zu einer staatsbehaltenden nationalen Mitarbeit entschließen werde. In diesem Zusammenhang erklärte er, daß er es auf die Dauer für unmöglich halte, gegen Millionen von Volksgenossen zu regieren. Der Schluß, daß damit ein Hinweis auf die Große Koalition gemeint sei, wird als vollkommen abwegig bezeichnet. Es widerspreche vollkommen der Wesensart v. Seedes, sich in einer groß angelegten Rede mit sekundären Fragen wie der parlamentarisch-taktischen Bindungen zu befassen. Schließlich wird in der Mitteilung der Magdeburger Pressestelle der DVP, der Zeitungsmeldung widersprochen, daß v. Seede aus einer katholischen Familie komme.

Nietzsche im Wandel der Generationen

Zur 50. Wiederkehr seines Todestages am 25. August 1930 Von Dr. Victor Goll

Unter den Intellektuellen der Prima des Joachimsthalschen Gymnasiums zu Berlin verbreitete sich am 23. August 1900 in der großen Pause das Gerücht, der geistesranke Philosoph Friedrich Nietzsche sei in den frühen Morgenstunden verstorben. Zwei oder drei der jungen Leute hatten in den Zitatbüchern schon einmal hineingeschaut, und ein ganz gelehrter Knabe — er ist heute Professor für Literaturgeschichte in Bern — wollte sogar die „Fröhliche Wissenschaft“ gelesen haben. Dieser hatte in einem Aufsatz sogar einmal das Wort „Uebermensch“ gebraucht, was ihm einen herben Tadel in roter Tinte eingetragen hat. Jetzt begab er sich an der Spitze einer kleinen Kommission zu unserem Lehrer der deutschen Sprache und hat, der Herr Professor möge doch in kurzen Zügen uns das Nichtigste über Nietzsche mitteilen. Was auch mit folgenden Worten geschah: „Der soeben verstorbene Nietzsche ist bereits geisteskrank gewesen, als er zu schreiben anfangte. Diese seine Geisteskrankheit hat sich mit jedem seiner Bücher deutlicher manifestiert und erreichte ihren Höhepunkt in jenem Also sprach Zarathustra, das eine Schmach des deutschen Schrifttums ist. Die Zeit wird über diesen Mann hinweggehen wie über viele andere nicht unbegabte Narren. Sie tun am besten, sich gar nicht erst um ihn zu kümmern!“

So wie dieser Professor, der keineswegs ein beschränkter Bakelshwinger, sondern ein Gelehrter von vielen Graden und ein vorzüglicher Goethekennner war, dachte damals über Nietzsche die überragende Menge aller Intellektuellen. Nietzsches Aufsatz hat, so grotesk es klingt, mit seinem Tode eingeleitet, bewegte sich aber in außerordentlich steiler Linie. Als wir, die wir damals Primaner waren, die Universität verließen, beherrschte die Lehre Nietzsches die junge Generation fast vollkommen und beispielsweise der alte Hermann Cohen in Marburg, der Webererweder Rants, mußte in seinem Kolleg ein wütendes Schreien erheben, als er behauptete, Nietzsche sei wahrscheinlich ein bedeutender Dichter, vielleicht auch ein Ethiker von Rang, keineswegs aber ein Philosoph im Sinne Platos und Rants gewesen. Wer damals jung war und als Kind seiner Zeit gelten wollte, mußte un-

mindest ein guter Kenner, im allgemeinen jedoch ein begeisteter Anhänger des Welten von Eils Maria sein und über die Lehre von der ewigen Wiederkehr über den Uebermenschen und die Blonde Bestie nachts um drei diskutieren können.

Die Literaturwissenschaft kann heute schon ohne Schwierigkeiten den ungeheuren Einfluß Nietzsches auf die letzte Vorkriegsgeneration feststellen. Es zeigte sich dieser Einfluß nicht einmal so sehr im Philosophischen wie im Stilistischen. Hier war Nietzsche ein Erzieher, den man wohl mit Luther vergleichen könnte. Sein Zarathustra ist in jenen Tagen unbestritten das meistgelesene Buch in Deutschland gewesen und neben der Bibel dasjenige, das sich im Kriege in den meisten Tornistern der Gebildeten vorfand.

Um so erstaunlicher ist der Niedergang der Wertschätzung Nietzsches bei der jüngeren Generation. Er begann unmittelbar nach dem Kriege, als man Menschlichkeit und Güte mit taufend Jungen predigte und in dem Philosophen, der den Krieg den Vater aller guten Dinge genannt hatte, den Feind an sich erblicken mußte. Seine Lehre von der Verächtlichkeit des Mitleides, seine Lobpreisung des rücksichtslosen Taimenschen, schien durch das ungeheure Erlebnis des Weltkrieges geradezu als das Böse selbst. Schriftsteller vom Range Gustav Landauers behaupteten damals, Nietzsches Lehre habe dem Weltungslud den Boden bereitet. Nicht daß die vor zehn Jahren aufstrebende Generation gegen Nietzsche gekämpft hätte; sie tat Schlimmeres; sie stellte ihn einfach in die Ecke.

Die aber, die dann kamen, die Jugend der Inflation — was hätte sie mit Nietzsche anfangen sollen? Er hat mit dem Schlagwort dieser Jugend, mit der sogenannten „neuen Sachlichkeit“, nicht das Geringste gemeinsam. Denn trotz aller Verherrlichung der reinen Kraft, trotz allen schneidigen Schwärmens für den starken Einzelnen ist der Geist das Fundament der Nietzsche'schen Lehre, das Axiom, auf dem sich alle seine Philosopheme aufbauen. Die Anhänger der Neuen Sachlichkeit aber stellen den großen Außerser als Phänomen in ihrem Werturteil neben den klühen Flugpiloten, den weltberühmten Boxer, neben den starken Dichtern. Es hat seit 1920 eine Deklassierung des Geistes Platz gefaßt, die den Verkünder der Umwertung aller Werte selbst hätte bange werden lassen. Und so steht denn diese Jugend lächelnd bis ans Herz vor dem Schöpfer des Zarathustra, den sie nicht höher schätzte als irgendeinen anderen Dichter von Rang und jedenfalls erheblich weniger als beispielsweise einen Sigmund Freud, der ihr den Weg zur sachlichen Erkenntnis neuer Gebiete erschloß den hat.

Kunst und Wissenschaft

Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater Schauspielhaus

Das Schauspielhaus eröffnet die neue Spielzeit am Sonntag, dem 24. August mit einer Neucinstudierung von Hebbels „Gedee und sein Ring“. Das Werk ist mehr als sechs Jahre nicht mehr gegeben worden. Neu besetzt sind folgende Rollen: Rhodope: Antonia Dietrich; Lessbia: Lotte Meyer; Hero: Lotte Bruner; Ogees: Woelfer. Wie früher spielen: Kandaules: Decarli; Thoas: Schröder; Karno: Leminsky. Spielleitung: Georg Riefau.

Am Freitag, dem 20. August, findet außer Anrecht die Uraufführung der Komödie „Sturm im Wasserlauge“ von Bruno Frank statt. Spielleitung: Josef Gielen. Die ausfallende Anrechtvorstellung der Reihe A wird auf Sonntag, den 31. August, verlegt.

* Die Komödie. In der am Montag, dem 21. August, abends 8,30 Uhr stattfindenden Uraufführung von „Baterlein gegen Sebel“ von Edward Gledits Carpenter hat Carl-Heinz Rübter aus Berlin die Regie.

* Graener komponiert für die Miras. Der Intendant des mitteldeutschen Rundfunks, Prof. Dr. Neubach, hat den Komponisten Paul Graener beauftragt, die Musik zu Maeterlincks „Tod des Tintagelles“ zu schreiben. Die Aufführung des Maeterlinckschen Spiels mit der Musik von Graener ist für den Anfang Oktober im Mitteldeutschen Rundfunk geplant.

* Ein neues Bismarckdrama. „Bismarck in Nikolajburg“ betitelt sich ein neues historisches Drama von Ferd. Leop. Soeler. Das Drama hat zum Inhalt jene Vorgänge des Jahres 1806, in deren Verlauf Bismarck entgegen dem Willen seines Königs, des preussischen Königs, wie des ganzen Landes, den Krieg durchlebte und — nach Königgrätz — wieder gegen den Willen aller Beteiligten den baldigen Frieden erzwang. Die Handlung in zehn Bildern beschränkt sich auf den innerpolitischen Kampf Bismarcks und bringt neben Bismarck die wichtigsten historischen Persönlichkeiten, wie Adina Wilschke, der Kronprinz, die Königin Augusta, Moltke, Mollath u. a. auf die Bühne.

* Gerhart Hauptmann ins Ukrainische überlegt. Im ukrainischen Staatsverlag in Charkow ist der erste Band der „Ausgewählten Werke“ von Gerhart Hauptmann erschienen. Er umfaßt die Bühnenwerke „Vor Sonnenaufgang“, „Der Silberpfeil“, „Der rote Hahn“, „Fuhrmann Denschel“.